



## Protokoll

Sozialausschuss | Sitzung  
3. März 2021, 16:30 Uhr bis 19.30 Uhr  
**öffentlich**  
Rathaus am Markplatz, Bürgersaal  
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz  
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 20  
Abwesende Mitglieder: 2

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet **der Vorsitzende** Herrn Barton (Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Karlsruhe-Stadt e. V.) und Herrn Christian Pflaum (Caritasverband Karlsruhe e. V.).

Im Anschluss stellt **der Vorsitzende** Herrn Torsten Klein als neue Fachbereichsleitung Soziales und Teilhabe „SoTei“ bei der Sozial- und Jugendbehörde (SJB) vor und erteilt ihm das Wort.

**Herr Klein (SJB)** stellt sich kurz vor und nimmt Bezug auf seine vielen Stationen in der SJB, wo er zuletzt die Eingliederungshilfe leitete.

### Öffentlicher Teil:

**Der Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal und ruft den ersten Tagesordnungspunkt auf.

#### **TOP 1      Konzept "Vielfalt@KA" – Einrichtung einer LSBTTIQ-Stelle**

- a) Antrag der GRÜNE- Gemeinderatsfraktion: Agenda "Vielfalt@KA": Gemeinsamkeiten stärken, Schranken abbauen!
- b) Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion: Mehr Sichtbarkeit für Themen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern bzw. Intersexuellen oder queeren Gruppen (LSBTTIQ)

- Vorlage und mündlicher Bericht -

**Frau Meister (Gleichstellungsbeauftragte)** begrüßt die Anwesenden und nimmt Bezug darauf, dass dieser TOP bereits 2019 vom Gemeinderat in den Fachausschuss verwiesen wurde. Corona-bedingt sei das Thema erst heute auf der Tagesordnung. Sie führt aus, dass

es zwei wesentliche Punkte gebe. Der SPD-Antrag „Mehr Sichtbarkeit für Themen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern bzw. Intersexuellen oder queeren Gruppen (LSBTTIQ)“ wirke mehr nach Außen, während der Antrag der GRÜNEN-Fraktion „Agenda "Vielfalt@KA": Gemeinsamkeiten stärken, Schranken abbauen!“ eher den internen Bereich betreffe. In der Stellungnahme im Dezember 2019 sei bereits darauf hingewiesen worden, dass die Inhalte der beiden Punkte nicht ohne Personal umsetzbar seien. In der Zwischenzeit sei sondiert worden, welche Strukturen bereits vorhanden sind und welche noch benötigt werden. Die Einrichtung einer neuen Stelle müsse verschiedene Bereiche abdecken wie beispielsweise auch Öffentlichkeitsarbeit, deshalb sei eine Vollzeitstelle zusätzlich der Sachmittel erforderlich, was in der ursprünglichen Vorlage gerne empfohlen worden wäre. Auf Grund der aktuellen Haushaltssituation müsse die Verwaltung die Einrichtung einer Stelle zu den oben genannten Anträgen jedoch ablehnen. Eine vollständige Finanzierung über Drittmittel sei nicht möglich. Die Frage, ob ohne zusätzliches Personal ein Teilbereich der Aufgaben umgesetzt werden könne, müsse noch geprüft werden. Man werde bei der Charta der Vielfalt nochmals prüfen, welche Möglichkeiten sich ergeben können.

**Herr Stadtrat Riebel (GRÜNE)** zeigt sich enttäuscht über die Vorlage. Es werde nicht beleuchtet, was seit dem Antrag der GRÜNEN veranlasst wurde, nachdem man über ein Jahr warten musste. Im November 2020 habe ein von der Aids-Hilfe Karlsruhe organisiertes, von ihm unterstütztes, erstes Queeres Vernetzungstreffen stattgefunden, bei welchem das Gleichstellungsbüro, die Sozial- und Jugendbehörde sowie das Städtische Klinikum sowie Personen aus dem La Vie anwesend waren. Thema sei die Vernetzung der verschiedenen Vertretungen aus der Lebenswelt LSBTTIQ gewesen. Im Ergebnis sei eine Untergruppe entstanden, welche sich mit dem Thema „Queeres Kommunikations- und Vernetzungszentrum“ befasse. Für die Konzeptentwicklung hätten auch bereits Fördergelder erlangt werden können. Dieser Gruppe sei bewusst, dass derzeit eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt Karlsruhe schwierig sei. Eine Alternativhilfe beispielsweise durch die Nutzungsmöglichkeit von städtischen Räumlichkeiten sowie eine personelle Unterstützung sei möglich. Die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion schließe sich der finanziellen Einschätzung der Vorlage zwar an, möchte jedoch trotzdem an ihrem Antrag festhalten. Man erkenne, dass LSBTTIQ aktuell keine Vollzeitstelle rechtfertige, könne sich aber eine kombinierte Koordinierungsstelle Antirassismus und Diskriminierung, Vielfalt und LSBTTIQ vorstellen. Bis zu einer möglichen Einrichtung einer solchen Stelle gebe es andere Maßnahmen, zum Beispiel könne das Gleichstellungsbüro die Internetseite Queer.de mit ihrer Seite verlinken, oder die neue Projektstelle im Antidiskriminierungsbüro des Stadtjugendausschusses könne das Themenfeld Diskriminierung von LSBTTIQ explizit berücksichtigen. Auch könne man auf der Internetseite der Stadt Karlsruhe in der Rubrik „Rat und Hilfe“ die Rubrik „Homosexuelle Menschen“ in „Queere Menschen/LSBTTIQ“ umändern. Würden diese und weitere Verbesserungsvorschläge umgesetzt werden, könne die Notwendigkeit der Einrichtung einer Vollzeitstelle neu bewertet werden.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD)** möchte an die Ausführungen anknüpfen, dass die Vorlage enttäuschend gewesen sei. Jedoch bedingt durch die aktuelle Situation könne Verständnis aufgebracht werden, dass bisher keine Bearbeitung möglich gewesen sei. Durch den einjährigen Haushalt stünde die Haushaltsberatung quasi schon wieder an. Die SPD wünsche sich vor der neuen Antragsfrist detailliertere Informationen. Außerdem sei zu klären, ob der bisherige Antrag weiterbehandelt werde oder ob eine neue Antragstellung notwendig sei. Ein Vergleich oder Informationsaustausch mit anderen Städten, die schon ein

Stück weiter seien, müsse vertieft werden. Da ihre Fraktion überrascht sei, dass eine Vollzeitstelle hierfür gefordert werde, benötige man ausführlichere Informationen, wodurch konkret der Personalbedarf begründet sei. Es sei bekannt, dass manche Themen dringender seien. Bei Personalmangel müsse die Möglichkeit von Verknüpfungen geprüft oder auf andere Angebote hingewiesen werden. Selbst 0,1 Stellenanteile wäre bereits ein Anfang, ebenso wie das Etablieren einer Plattform, denn durch die Community selbst werde bereits viel getan. Nähere Informationen für die Haushaltsberatung seien erwünscht.

**Herr Stadtrat Borner (GRÜNE)** und Herr **Prof. Dr. Müller (SKK, Gast zu TOP 6)** sind währenddessen eingetroffen.

**Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR)** äußert Bedenken, für jede Gruppe, LSBTTIQ, Psychisch Kranke, et cetera eine eigene Ansprechstelle zu schaffen. Dies sei einfach nicht möglich und schaffe in der Gesellschaft auch kein Verständnis. Es stelle sich eher die Frage, wie könne das Thema Diskriminierung grundsätzlich angegangen werden.

**Herr Stadtrat Schnell (AfD)** äußert sich unsicher, ob überhaupt ein Handlungsbedarf bestehe. Die diversen Gruppen seien eigentlich gut in ihrem Umfeld integriert.

**Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.)** zeigt sich enttäuscht, dass empfohlen werde, den Antrag abzulehnen, da der Inhalt der Vorlage deutlich beschreibe, was zu tun sei. Ein Workshop, um zu ermitteln, was bereits vorhanden und was noch zu tun sei, wäre gut. Ihre Fraktion möchte, dass der Inhalt nochmals geprüft und die Ablehnung des Antrages zurückgenommen werde. Es wäre ein fatales Signal für diese Gruppen. Es sei ein Anliegen, nach weiteren Lösungen zu suchen.

**Herr Stadtrat Borner (GRÜNE)** stellt klar, dass er kein Freund von einzelnen Stellen sei und bittet um Prüfung, ob nicht eine Bündelung mit anderen Aufgaben möglich sei.

**Herr Stadtrat Riebel (GRÜNE)** regt an, ob die neue Amtsleiterin des Personal- und Organisationsamtes schauen könnte, wie dieses Thema umsetzbar werde. Es gäbe, wie bereits angesprochen, mehrfache Diskriminierungen, auch diese Personengruppe könne Mehrfachdiskriminierungen ausgesetzt sein. Bedarf sei es, hierzu Aufklärung zu betreiben.

**Frau Meister (Gleichstellungsbeauftragte)** stellt klar, dass ursprünglich die Einrichtung dieser Stelle empfohlen wurde. Die Ablehnung erfolgte erst in der Zeichnungsphase der Vorlage. Die Stadtverwaltung wolle eine realistische Planung mit den verschiedenen Aufgaben einer solchen Stelle vornehmen. Oftmals verstecke sich mehr Arbeit hinter der Aufgabenstellung als vermutet, daher gehe man von einer Vollzeitstelle aus. Die verschiedenen Anregungen nehme sie gerne mit, sehe jedoch Schwierigkeiten, da bereits jeder mit seiner Arbeitsbelastung am Limit sei, um noch „on top“ etwas zu bearbeiten. Es sei richtig, dass Diskriminierung wie auch Mehrfachdiskriminierungen statfinde, hierzu gäbe es Studien. Nicht nur die Vernetzung habe sie als Anregung aufgenommen, jedoch corona-bedingt sei diese aktuell erschwert. Ebenso sieht sie den spannenden Austausch mit anderen Städten. Zum Abschluss sei noch darauf hingewiesen, dass in der Vorlage ein Kreuz bei den finanziellen Auswirkungen falsch ist. Für die Gemeinderatssitzung werde eine Änderung vorgenommen.

**Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR)** stimmt zu, verschiedene Bereiche zusammenzufassen, um eine Stelle für viele zu schaffen sowie mit Frau Lindner, zukünftige Amtsleiterin POA, hierüber zu sprechen.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass es ein Entgegenkommen gewesen sei, dass man haushaltsrelevantes bereits vorab besprochen habe. Es gebe die Haushaltsdisziplin, jedoch könne man bei 7,5 Millionen freiwilligen Leistungen im Sozialetat nichts mehr einsparen. Durch die Anträge wurden 1,5 Millionen „draufgesattelt“. Diese Situation biete jedoch die Chance, neue Möglichkeiten zu finden, Kreativität zu entwickeln. Die konstruktive Kritik an der Vorlage sei gut und, wie man am Beispiel von Frau Peitzmeier mit der Umwidmung eines Jugendtreffs sehen könne, müsse man schauen, welche Chancen sich hier im Bereich LSBTTIQ bieten. Es werde dieses Jahr auch wieder eine Sozialkonferenz geben.

**Herr Stadtrat Borner (GRÜNE)** gibt zu bedenken, dass man nicht zu diesem interfraktionellen Antrag zusammengekommen sei, um die Gedanken der Verwaltung zu sammeln, sondern um die der Politik umzusetzen.

**Frau Stadträtin Wiedemann (CDU)** wendet sich an die GRÜNE- und SPD-Fraktion, wie bei der derzeitigen Haushaltslage die Einrichtung einer LSBTTIQ-Stelle befürwortet werden könne. Durch die Mehrheit im Gemeinderat könne der Antrag durchgedrückt werden.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD)** erläutert, dass heute über die Vorlage abgestimmt werde, und bei den Haushaltsentscheidungen müsse neu diskutiert werden.

**Beschluss:** Die Stadtverwaltung befürwortet die Anträge der GRÜNE- sowie der SPD-Gemeinderatsfraktionen inhaltlich. Aufgrund der aktuellen finanziellen Gegebenheiten kann die Stadt Karlsruhe jedoch keine zusätzlichen freiwilligen Aufgaben übernehmen. Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat mit 6 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen die Anträge zum jetzigen Zeitpunkt nicht abzulehnen.

**Der Vorsitzende** teilt mit, dass der TOP 6 vorgezogen wird.

#### **TOP 6: Runder Tisch Geburtshilfe in Karlsruhe**

- Vorlage und mündlicher Bericht -

**Der Vorsitzende** begrüßt *Herrn Prof. Dr. Müller, Direktor Frauenklinik SKK*  
*Frau Wagner, Vorsitzende der Kreisgruppe Karlsruhe des*  
*Hebammenverbandes Ba-Wü e. V.*  
*Frau Meister, Gleichstellungsbeauftragte*  
*Frau Hunck, Umweltamt*

**Herr Nees (SJB)** weist darauf hin, dass dieser TOP entgegen der Vorlage im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werde.

Die Einrichtung eines Runden Tisches Geburtshilfe in Karlsruhe stütze sich auf zwei Säulen. Zum einen auf die medizinische Grundlage, die S3-Leitlinie zur vaginalen Geburt am Termin, die Empfehlungen zur Beteiligung, Begleitung, Information und Betreuung von

Gebärenden gibt. Zum anderen auf die gesundheitspolitische Grundlage des nationalen Gesundheitsziels des Bundesministeriums für Gesundheit „Gesundheit rund um die Geburt“. Diese Grundlage rückt den physiologischen Ablauf einer Geburt mit möglichst wenigen Interventionen sowie die frauenzentrierte Betreuung in den Vordergrund. Ein Runder Tisch Geburtshilfe in Karlsruhe könnte diese Inhalte zum Thema haben.

**Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE)** hebt hervor, dass ihre Fraktion sich über die Vorlage freue und dankt dafür. Es sei sinnvoll, das Städtische Klinikum sowie das Kinderbüro zu beteiligen und ebenso auch Geburtskliniken mit einzubeziehen. Ein zweiter Schritt könne sein, weitere Gruppen einzubinden, wie beispielsweise Mother Hood e. V. Insgesamt müsse behutsam vorgegangen werden, denn es gebe nicht nur viele Missverständnisse und Rivalitäten, sondern durch den Hebammenmangel auch Missstände in Deutschland. Die Interventionen in Deutschland liegen weit über dem EU-Schnitt. Die Zahlen in Karlsruhe seien jedoch „besser“ als im Bundesdurchschnitt. Ein Runder Tisch helfe, die Geburt und Säuglinge wieder mehr in den Mittelpunkt zu rücken.

**Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR)** zeigt sich froh über diesen Antrag. Es sei ein gutes Thema, er möchte jedoch insoweit einschränken, dass der Titel zu hoch sei. Besser, dieser bleibe einfach, damit alle Menschen es verstehen können.

**Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.)** dankt für die Berichterstattung. Der Hebammenmangel habe ein schweres Gewicht. Die Situation sei sehr unbefriedigend, die Kosten der Hebammen für Versicherung et cetera seien sehr hoch und sie erführen keine Wertschätzung. Die Rolle der Hebammen sei jedoch unverzichtbar, insbesondere da derzeit Geburtsabteilungen geschlossen würden. Die Situation der Hebammen müsse verbessert werden.

**Frau Stadträtin Ansin (KAL/DIE PARTEI)** möchte wissen, wer die relevanten Gruppen sind, die entsprechend der Vorlage eingeladen werden sollen. Außerdem stelle sich die Frage, warum Hebammen nicht bereits ab dem ersten Treffen dabei seien.

**Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU)** bittet Professor Dr. Müller (SKK) um Stellungnahme, wie schlimm die Situation tatsächlich sei.

**Herr Prof. Dr. Müller (SKK)** erläutert, dass bereits viel unternommen werde. Es sei eine Hebammenfortbildung etabliert, und es gebe beim Städtischen Klinikum bereits eine Zusammenkunft ähnlich dem hier angestrebten Runden Tisch, ein Treffen Beteiligter zum Austausch. Er sei sehr dafür, einen Runden Tisch einzurichten, auch wenn in Karlsruhe aktuell durch zwei große Kliniken in der Stadt eine gute Situation vorherrsche.

**Frau Wagner (Hebammenverband Baden-Württemberg)** dankt für die Einladung und teilt mit, sie freue sich sehr, dass dieses Thema zur Diskussion gestellt werde. Hebammen würden die Einrichtung eines Runden Tisches Geburtshilfe befürworten. Außerdem begrüße sie, dass es städtisch initiiert sei. Eine neutrale Zusammenkunft ohne Emotionen und mit verschiedenen Sichtweisen an einen Tisch zu bringen, sei gut. Es biete die Chance, dass sich verschiedene Gruppen zu diesem Thema auf Augenhöhe begegnen.

**Herr Stadtrat Borner (GRÜNE)** hebt hervor, man müsse auch auf die Situation im Kreißsaal schauen.

**Herr Stadtrat Schnell (AfD)** fragt an, wie es derzeit sei, wenn Probleme auftreten, ob es hierfür bisher keine Anlaufstelle gäbe.

**Frau Stadträtin Wiedemann (CDU)** merkt an, dass jede Geburt anders sei und man den Verlauf nicht hervorsehen könne. Wichtig sei es, im Nachhinein über mögliche Probleme zu sprechen. Doch junge Eltern hätten anfangs keine Zeit, sich unmittelbar nach der Geburt darüber auszutauschen, was möglicherweise schief oder auch was gut gelaufen sei. Das müsse aus ihrer Sicht ebenfalls zum Runden Tisch gehören.

**Herr Nees (SJB)** erklärt zur Anfrage von **Frau Stadträtin Ansin (KAL/DIE PARTEI)**, dass zuerst verwaltungsintern der Runde Tisch vorzubereiten sei. Aus diesem Grund müsse zuerst das Vorbereitungsgremium zusammentreffen. Die Beteiligung der Hebammen sei in diesem Stadium nicht erforderlich. Im Anschluss solle geschaut werden, wer mitarbeiten wolle. Es brauche eine sorgfältige Vorplanung innerhalb der Verwaltung, danach seien weitere Akteure zu beteiligen. Grundsätzlich gehe es jedoch um eine bessere Vernetzung. An diesem Tisch würden sich viele Professionen versammeln, da sei es wichtig, nicht an einem möglichen Mangel zu arbeiten, sondern eine Verbesserung und Vernetzung der Situation zu erzielen. Den Gebärenden stehe es offen, die Geburt zu reflektieren, doch an dem Runden Tisch Geburtshilfe in Karlsruhe gehe es um die strukturelle Situation.

**Herr Prof. Dr. Müller (SKK)** ergänzt, dass es im Städtischen Klinikum für Gebärende bereits die Möglichkeit gebe, die Geburt zu reflektieren. Hierbei würden zwar manche Probleme aufgezeigt, aber auch Lob geäußert.

**Frau Wagner (Hebammenverband Baden-Württemberg)** stellt fest, dass Nachbetreuung wichtig sei. Die Aufarbeitung zurückliegender Erlebnisse nach Jahren, beispielsweise wenn eine weitere Schwangerschaft vorliege, erfolge durch Hebammen. Nach ihrer Meinung wäre auch dies ein Thema für den Runden Tisch.

**Beschluss:** Der Sozialausschuss stimmt der Einrichtung eines „Runden Tisches Geburtshilfe in Karlsruhe“ zu.

## **TOP 2            Ombudsstelle Jobcenter Stadt Karlsruhe**

- Vorlage und mündlicher Bericht -

**Frau Kirschneit (Jobcenter)** informiert, dass sich sowohl die Trägerversammlung als auch der Beirat der gemeinsamen Einrichtung mit dem Thema Ombudsstelle befasst hätten. Beide Gremien hätten eine enge räumliche und persönliche Anbindung einer Ombudsstelle, so wie es in anderen Jobcentern der Fall ist, kritisch gesehen. Aus der Sitzung des Beirats komme die Anregung, zu prüfen, ob die Funktion einer Ombudsstelle von der Arbeitsloseninitiative IKARUS übernommen werden könne. Auch die Trägerversammlung sei zu dem Ergebnis gekommen, dass man von der Einrichtung einer Ombudsstelle absehen, dafür die Zusammenarbeit mit IKARUS in dieser Hinsicht jedoch intensivieren solle. Zwischenzeitlich hätten Gespräche mit Herrn Pfarrer Stoll stattgefunden. Er könne sich durchaus vorstellen, dass IKARUS eine solche Funktion abdecken könne und habe grundsätzliche Bereitschaft signalisiert. Als wichtig werde erachtet, hierdurch keine Doppelstrukturen zu schaffen und, dass die Tätigkeit auch nicht mit dem Rechtsdienstleistungsgesetz kollidiere.

**Herr Stadtrat Borner (GRÜNE)** erklärt sich enttäuscht von der Vorlage. Er habe sich die Mühe gemacht, im Internet zu recherchieren, welche Städte bereits eine Ombudsstelle haben und nennt hierfür diverse Beispiele, in denen diese Stelle direkt im Jobcenter angesiedelt ist. Ziel sei es, den Rechtsweg zu verhindern. IKARUS wäre für seine Fraktion lediglich Plan B. Es gebe in der Stadtverwaltung verschiedene Beauftragte mit einer neutralen Funktion, beispielsweise die Kommunale Behindertenbeauftragte. Dem Jobcenter würde nach Außen eine solche Stelle gut zu Gesicht stehen.

**Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.)** schließt sich **Herrn Stadtrat Borner (GRÜNE)** an, dass der Klageweg, Kosten sowie Streit durch eine Ombudsstelle zu vermeiden seien. Viele Klagen seien nach einem Widerspruch erfolgreich, daher würde es gesellschaftliche Kosten sparen, wenn diese vermieden werden könnten. Außerdem sei gar nicht bekannt, was von dem ursprünglichen Projekt IKARUS tatsächlich noch übrig ist, nachdem einige der ursprünglichen Mitarbeiter in Rente gegangen seien. Besonders durch Corona würden sich die Menschen nicht mehr aufgehoben fühlen. Es mache Sinn, die Ombudsstelle in der Agentur für Arbeit anzusiedeln.

**Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR)** ist der Meinung, dass es keine Frage sei, wo man die Ombudsstelle ansiedle, sondern eine Frage der Qualität. Die Stelle könne bei IKARUS sein, wenn sichergestellt sei, dass es für alle passt. Dies müsse vorher ausgelotet werden.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD)** möchte ebenfalls keine Doppelstruktur und es sei ihr nicht klar, worin diese bei IKARUS bestehen solle. Ferner könne sie sich nicht vorstellen, wie der Ausbau der Ombudsstelle aussehe bzw. wie das Gebilde ausgestaltet werden solle. Ihre Fraktion sei offen für beide Ansiedlungsmöglichkeiten, Jobcenter und IKARUS.

**Herr Stadtrat Schnell (AFD)** stimmt **Herrn Stadtrat Borner (GRÜNE)** zu, dass Klagen vermieden werden sollen und fragt, ob Zahlen vorliegen, wie viele Prozesse in Karlsruhe anhängig seien. Des Weiteren würde er gerne wissen, ob es Vorher-/Nachher-Abbildungen von anderen Städten gebe.

**Herr Stadtrat Jooß (FDP/FW/FÜR)** merkt an, es sei wichtig, dass die Ombudsperson unabhängig sowie neutral sei und stellt dies bei der Angliederung ans Jobcenter in Frage. Daher wäre IKARUS eine gute Alternative.

**Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU)** ist der Meinung, der Zugang über das Jobcenter könne eine Hürde für diejenigen sein, die sich beschweren wollen. Das spräche für IKARUS. Er fragt, ob man von anderen Städten wisse, wie viele Klagen tatsächlich abgewendet würden.

**Herr Pfarrer Stoll (Diakonisches Werk)** stellt fest, dass man die Funktion der Ombudsstelle nicht unbedingt wahrnehmen wolle. Die bisherige Beratungsstelle leiste jedoch eine gute Arbeit, auch in Corona-Zeiten, soweit dies möglich sei. Er gehe davon aus, dass IKARUS schon seit einiger Zeit eine solche Aufgabe wahrnehme, da sich Menschen, die Probleme mit dem Jobcenter haben, an die Mitarbeitenden wenden würden. Es werde dann versucht, Lösungen zu finden, um einen Klageweg zu vermeiden. Seiner Einschätzung nach würden nicht wesentlich mehr Fälle aufkommen, sondern es ergäbe sich lediglich eine teilweise Verschiebung hin zur Ombudsstelle. Er sehe ebenfalls die Schwierigkeit für Menschen bei Problemen mit dem Jobcenter, auch dort eine Ombudsperson aufzusuchen.

**Frau Kirschneit (Jobcenter)** erklärt, die Aufgabe sei, eine Schiedsstelle bei Schwierigkeiten zu sein und zu schlichten. Eine Ombudsperson zu beteiligen, setze keine Fristen aus. Zur Frage nach dem Austausch mit anderen Städten ergänzt sie, dass telefonisch Kontakt mit den Ombudspersonen der Jobcenter Pforzheim, Frankfurt am Main und Landkreis Rhein-Berg bestand, deren Stellen auch jeweils im Jobcenter angesiedelt sind. Durch deren vorherige Tätigkeit im Jobcenter seien die rechtlichen Kenntnisse im Sozialgesetzbuch II (SGB II) sehr sicher, so dass Bescheide geprüft würden, sogar eine Beurteilung der Klagechancen erfolge. Dies sei für sie rechtlich fraglich, auch im Hinblick darauf, ob der Gedanke der Neutralität gewahrt bleibe. Frankfurt am Main habe circa 130 Fälle pro Jahr, eine Abfrage nach dem Vergleich vorher – nachher sei nicht erfolgt. Die Ombudspersonen hätten übereinstimmend berichtet, dass es manchmal nur um Gespräche gehe, die man mit seinem zuständigen Sachbearbeitenden nicht führen oder man ein Schreiben inhaltlich nicht verstehen könne. Sie stimme den Ausführungen von **Herrn Pfarrer Stoll (Diakonisches Werk)** zu, auch darin, dass es für die Betroffenen gefühlt schwierig sei, sich bei Problemen an das Jobcenter zu wenden. IKARUS mache wirklich eine gute Arbeit.

**Der Vorsitzende** sieht den Bedarf. Das Projekt sollte beginnen, dann könne evaluiert werden. Jedoch sei es nicht das vorrangige Ziel, den Klageweg zu minimieren.

**Herr Stadtrat Borner (GRÜNE)** korrigiert sich, er sei nur ein bisschen enttäuscht. Seine Fraktion würde interessieren, wie die Zusammenarbeit erfolgen soll. Die Arbeitslosen müssten Kenntnis erhalten, dass es eine solche Stelle gebe. Es müsse nochmal über das Konzept gesprochen werden, die Diskussion sei noch nicht beendet.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD)** begrüßt den Vorschlag, zu evaluieren oder auch nur eine Art Ombudsstelle zu etablieren. Den Betroffenen müsse klar sein, sich bei Bedarf an IKARUS wenden zu können. Grundsätzlich soll niemandem das Recht auf Klage verweigert werden, sondern manchmal einfach Unklarheiten geklärt werden.

**Frau Langeneckert (SJB)** erklärt, dass sie selbst im Beirat von IKARUS sei und der Generationenwechsel positiv vollzogen wurde. Die Verwaltung werde gemeinsam mit IKARUS reflektieren und dann wieder im Sozialausschuss berichten. Doch dies benötige etwas Zeit.

**Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE)** wünscht, dass im Rahmen der Evaluierung geklärt werde, wie bekannt den Betroffenen IKARUS sei.

**Der Vorsitzende** erklärt, die Verwaltung werde unter Mitteilungen des Bürgermeisteramtes zu gegebener Zeit berichten.

**Frau Stadträtin Ansin (KAL/DIE PARTEI)** ergänzt, selbst Kundin im Jobcenter zu sein, und ihr sei IKARUS bisher nicht bekannt gewesen. Außerdem wäre zu bedenken, ob durch das Outsourcen die Stelle als fachliche Stelle wahrgenommen werden würde.

**Beschluss:** Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**TOP 3**      **Einrichtung einer Koordinierungsstelle für die „Generalistische Pflegeausbildung“**

- mündlicher Bericht -

**Der Vorsitzende** begrüßt *Herrn Hug, Pflegedirektor SKK*

**Herr Hug (SKK)** berichtet über die Bestandserhebung im Rahmen des Themas "Generalistische Pflegeausbildung". Hierfür habe von Ende Dezember 2020 bis Ende Januar 2021 eine schriftliche Umfrage unter 187 Einrichtungen und Diensten der praktischen Ausbildung und den acht Pflegeschulen im Stadt- und Landkreis Karlsruhe stattgefunden. Gemeinsam seien vom Pflegebündnis TechnologieRegion Karlsruhe e. V., der Sozial- und Jugendbehörde der Stadt Karlsruhe und dem Amt für Schulen und Kultur des Landkreises Karlsruhe 211 Ausbildungsplätze in den praktischen Ausbildungseinrichtungen und 990 Schulplätze in den Pflegeschulen für die Generalistische Pflegeausbildung ermittelt worden. Insgesamt sei eine Rücklaufquote von 31,6 % erzielt worden, bei einer regen Beteiligung durch die ambulanten Pflegedienste. In der Umfrage hätte ein Drittel der Einrichtungen und Dienste angegeben, auch zukünftig neue Ausbildungsplätze in Aussicht zu stellen. Die Komplexität des Ausbildungsverfahrens spiegle sich auch in der Anzahl der externen Kooperationspartner für die Praxiseinsätze wider. So hätten 40 Ausbildungseinrichtungen angegeben, mit insgesamt 141 externen Kooperationspartnern zusammenzuarbeiten. Bezüglich des zu erzielenden Ausbildungsabschlusses konzentrierte sich die Mehrheit auf den Abschluss zur Pflegefachfrau/zum Pflegefachmann (mit Spezialisierung im Gebiet Altenpflege) in den Einrichtungen und Diensten. Herr Hug zieht aus der Umfrage eine positive Bilanz, betont aber auch die Fortführung der gemeinsamen Arbeit aller Akteure im Rahmen der "Fachgespräche zur Generalistischen Pflegeausbildung". Diese Fachgespräche finden vier Mal im Jahr statt und sollen fortgeführt werden, da noch viele Schritte (einheitliche Dokumentation, Verrechnungsform der Praxiseinsätze) detailliert ausgehandelt werden müssen. Auch spreche er sich für eine "Konzertierte Aktion Pflege in Karlsruhe" aus.

**Frau Wernert (Kommunale Behindertenbeauftragte)** verlässt um 18.30 Uhr die Sitzung.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD)** dankt für den ausführlichen Bericht und erklärt, sie sei beruhigt, dass durch die „Generalistische Pflegeausbildung“ keine anderweitigen Ausbildungsplätze verloren gehen. Die SPD stimme zu, dass die Anzahl der Plätze erhöht werden sollte. Es stelle sich jedoch die Frage, ob hier Kooperationspartner fehlen.

**Herr Hug (SKK)** antwortet, dass er dies nicht sehe. Es gebe eine Vielzahl von Kooperationspartnern. Es müsse alle Kraft aufgebracht werden, um die Generalistische Pflegeausbildung voranzutreiben.

**Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE)** stellt die Frage, ob die Plätze gerecht verteilt werden können. Sie freue sich, wenn es funktioniere.

**Herr Stadtrat Borner (GRÜNE)** weist darauf hin, dass in der Vergangenheit angefragt wurde, wie neue Ausbildungsplätze generiert werden können.

**Herr Stadtrat Jooß (FDP/FW/FÜR)** fragt an, wie sich der Anteil an Frauen und Männern in der Ausbildung verteile.

**Herr Hug (SKK)** erläutert, dass es praktische Ausbildungsplätze im Städtischen Klinikum gebe. Beratungsgespräche seien hilfreich gewesen. Es bedürfe einer guten Koordination, damit sich die Auszubildenden nicht auf einer Station bündeln. Dies funktioniere jedoch gut. Bisher habe man keine Anfragen auf einen Ausbildungsplatz abweisen müssen. Er stimme **Herrn Stadtrat Borner (GRÜNE)** zu, dass neue Plätze generiert werden müssen,

jedoch benötige man hier auch die Schulplätze und nicht nur die praktischen Ausbildungsplätze. Zu **Herrn Stadtrat Jooß (FDP/FW/FÜR)** sei gesagt, dass der Frauenanteil bei 87 Prozent liege, ein Anstieg an männlichen Auszubildenden sei zu verzeichnen.

**Beschluss:** Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

#### **TOP 4      Auswertung SodEG**

- mündlicher Bericht -

**Frau Langeneckert (SJB)** stellt das Sozialdienstleistereinsatzgesetz (SodEG) sowie die corona-bedingten Mehraufwendungen dar. Das am 28. März 2020 in Kraft getretene SodEG habe zum Ziel, die finanzielle Liquidität der Sozialdienstleister abzusichern, sofern diese aufgrund corona-bedingter Schließungen und Einschränkungen Einnahmeausfälle hatten und keine anderen finanziellen Ausgleichsleistungen beanspruchen konnten. Die wenigen SodEG-Anträge, vorwiegend aus der Eingliederungshilfe, seien mit der praktizierten flexiblen Leistungsgewährung im Sinne einer alternativen Leistungserbringung zu begründen. Die Leistungen im Bereich der Wohnungslosen- und Eingliederungshilfe habe man trotz Einschränkungen überwiegend weiter erbringen können. Stärker würden die corona-bedingten Mehraufwendungen, welche nicht durch das SodEG abgedeckt seien, bei den Leistungserbringern ins Gewicht fallen. Hierzu seien Anträge in Höhe von 570.000 Euro gestellt worden. Das Land Baden-Württemberg sei bereit, eine voraussichtliche Unterstützungsleistung von bis zu 14 Millionen Euro für die Leistungserbringer der stationären Eingliederungs- und der Wohnungslosenhilfe zur Verfügung zu stellen. Demgegenüber stünden Forderungen allein aus der Eingliederungshilfe in Höhe von 84 Millionen Euro, was frühestens ab Sommer/Herbst 2021 zu einer Mangelverteilung führen werde. Die Verwaltung müsse zeitnah Gespräche mit den hiesigen stationären Leistungserbringern, die Anträge gestellt haben, führen.

Die für die Jugendhilfe prognostizierten extremen Auswirkungen der Pandemie seien so nicht eingetreten. Die freien Träger seien nach einer kurzen Umstellungsphase in der Lage gewesen, die Leistungserbringung sicherzustellen. In der Zeit der Umstellung seien die Träger durch die generelle Weiterfinanzierung der bewilligten Leistungen bis zum 30. April 2020 hervorragend abgesichert gewesen. Danach hätten die Träger die Leistungen nahezu zu 100 Prozent wieder erbringen können und entsprechend vergütet bekommen. Die Träger seien durch Schreiben sowie Gespräche über die Bedingungen der Finanzierung erbrachter Leistungen und die Möglichkeit der Antragstellung nach dem SodEG informiert worden, zuletzt im Dezember 2020. Dadurch, dass nahezu alle Träger auch stationäre Angebote vorhalten, sei bis auf wenige Spezialanbieter kein Träger unter die Einnahmegrenze von 75 Prozent des Vorjahreszeitraums gerutscht. Deren Rückmeldung hätte ergeben, dass sie weiterhin gut belegt seien und ihre Leistungen in fast vollem Umfang erbringen können. Die Kosten für persönliche Schutzausrüstung sowie für Desinfektionsmittel sei jedoch ein großes Thema bei den Trägern, was aber auf Landesebene gelöst werden müsse. Diese ausführlichen und umfangreichen Informationen zum aktuellen Stand habe man ohne extra Vorlage darstellen wollen, es könne jedoch später im Protokoll nachgelesen werden.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD)** merkt an, sie bitte hierzu eine schriftliche Information zu erhalten, da die Ausschussmitglieder kein Protokoll bekämen. Ihre Fraktion bitte ergänzend

um Auskunft, ob Gespräche mit Trägern stattgefunden hätten, die von ungedeckten Kosten berichten.

**Beschluss:** Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

**TOP 5: Konzept für ein Modellprojekt „Präventive Hausbesuche für Seniorinnen und Senioren“**

- Vorlage und mündlicher Bericht -

**Der Vorsitzende** weist auf die Änderung der Vorlage im Bereich finanzielle Auswirkungen hin, analog TOP 1.

**Frau Best (SJB)** erläutert, dass präventive Hausbesuche als aufsuchende Beratungs- und Versorgungsform im vertrauten Umfeld ein mögliches und wichtiges Instrument im Umgang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels sowie dem zu erwartenden Anstieg an pflegebedürftigen Menschen in Karlsruhe seien. Die Hilferessourcen der Stadtteile seien von hoher Bedeutung. Entscheidend sei, Informationen zu erschließen und Zugangswege zu finden, was durch ein Mehr an Broschüren nicht erfolgen könne. Das Angebot spreche verschiedene Schichten und Menschen mit unterschiedlichen individuellen Ressourcen an und könne auf Bedarfe und Hemmnisse eingehen. Beispiele aus anderen Kommunen würden zeigen, dass sich ältere Menschen aufgrund von Hausbesuchen informierter, sicherer und befähigter fühlen, sich selbständig in ihrer eigenen Wohnung aufhalten zu können und aktiv am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen. Das Modellprojekt stelle keine isolierte Maßnahme dar, sondern soll ein stadtteilbezogenes verzahntes Ineinandergreifen der Beratungs-, Unterstützungs- und Pflegeangebote sein. Die präventiven Hausbesuche fügen sich damit in die Zielvorstellung einer stark vernetzten kommunalen Versorgungslandschaft in den Stadtteilen ein, die geprägt ist von der Nähe zu den Menschen.

**Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE)** erläutert, dass für ihre Fraktion der Ursprung darin begründet sei, dass 75 Prozent der Frauen Bedarf an Pflegeheimplätzen hätten. Dies werde mit den geburtenstarken Jahrgängen in den nächsten Jahren noch zunehmen. Es bedürfe verschiedener Bausteine wie Kurzzeitpflege, ambulante Pflege und auch die präventiven Hausbesuche. Sie habe Beispiele gesammelt, Köln, Hamburg und so weiter, deren Evaluation gezeigt habe, dass sich die Menschen freuen, ein solches Angebot zu erhalten. Die Gesundheitskompetenz der älteren Menschen sei oft nicht gut, man wolle sich der Realität vielleicht auch nicht stellen. Es sei auch wichtig, die wirtschaftlichen Aspekte zu betrachten, das Projekt könne auch Kosten für Heimaufenthalte sparen.

**Herr Stadtrat Riebel (GRÜNE)** ist der Meinung, dass das Anschreiben gendersensibel sowie leichter verständlich formuliert sein sollte. Hierzu könne man sich Hilfe beim Städtischen Klinikum holen, die diesbezüglich mehr Erfahrung hätten. Es soll mehr Offenheit gegenüber Schwulen und Lesben offenbart werden. Gut wäre, dass die Barriere verringert werde, Kontakt aufzunehmen, beispielsweise auch online.

**Frau Stadträtin Wiedemann (CDU)** teilt mit, dass dies bereits im Arbeitsausschuss Ältere Generation ausführlich besprochen worden sei. Sie freue sich bereits, zu ihrem 75. Geburtstag einen Hausbesuch zu erhalten. Herrn Stadtrat Riebel (GRÜNE) zustimmend, meint

sie, es könne sein, dass Menschen mit Migrationshintergrund Verständnisschwierigkeiten hätten. Ein Vorschlag wäre daher, das Anschreiben in verschiedenen Sprachen zu verfassen. Die Idee mit einem konkreten Ansprechpartner sei gut, vielleicht auch mit Bild, und eventuell könne ein frankierter Umschlag beigelegt werden. Das Ganze als Projekt anlaufen zu lassen, finde die Zustimmung ihrer Partei.

**Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR)** stellt fest, dass dieses Projekt es zurückgezogenen Menschen erleichtern soll, eingebunden zu werden. Dies sehe er skeptisch und plädiere dafür, die Isolation durch Nachbarschaftsangebote zu verbessern. Es sei weltfremd, dass Außenstehende die Chance zur Kontaktaufnahme wahrnehmen würden.

**Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.)** gibt an Herrn Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR) gerichtet zu bedenken, dass zuerst eine offizielle Kontaktaufnahme erfolgen müsse, um dann zu prüfen, welche Möglichkeiten sich im Umfeld ergeben können. Es gebe keine Anlaufstelle, um ein möglichst langes Verbleiben im privaten Umfeld zu ermöglichen. Außerdem biete es Vertrauen, dass man nicht Trickbetrügern aufliege.

**Frau Sinner (Der Paritätische)** ergänzt, dass es in der Hartwaldsiedlung bereits einen kleinen Feldversuch gebe. Aus der Stadt Köln wisse sie, dass ein hoher Rücklauf verzeichnet werde. 97 Prozent der Menschen seien dort mit der Kontaktaufnahme hoch zufrieden. Die Informationen, welche die Bürgerinnen und Bürger durch diesen Kontakt erlangt haben, hätten ihnen sehr geholfen. Weitere Hilfen wären im Anschluss geprüft worden. Bemerkenswert wäre, besonders allein lebende Menschen über 75 Jahre zu erreichen. Spannend sei auch, wie sich die Beratenden als Bindeglied zwischen der Stadtverwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern erleben. Die Sozialplanung erhalte hierdurch Daten, wie der konkrete Bedarf aussehe oder hinsichtlich Lücken im Angebot. Im Vorfeld könne man mögliche örtliche Angebote prüfen, wie beispielsweise Nachbarschaftshilfe oder Ähnliches.

**Herr Pfarrer Stoll (Diakonisches Werk)** geht auf Herrn Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR) ein und weist auf die in dem Konzept erwähnten Nachbarschaftsprojekte hin. Es werde versucht, ehrenamtliche Angebote zu machen. Er könne sich die Präventiven Hausbesuche gut als Türöffner vorstellen, um an die Menschen heranzukommen und dann in der Folge weitere Maßnahmen aufzustellen.

**Herr Stadtrat Jooß (FDP/FW/FÜR)** ist der Meinung, so ein Schreiben sei entwürdigend. In Karlsruhe wäre man so gut vernetzt, dass dieses Projekt nicht nötig sei.

**Beschluss:** Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat mit 17 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung, dem Konzept inhaltlich zuzustimmen und die finanziellen Mehraufwendungen zur Kenntnis zu nehmen. Die zusätzlichen Maßnahmen stehen unter Finanzierungsvorbehalt, die anschließende Etatisierung ist im Haushalt 2022/2023 zu beschließen: Zustimmung bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD)** verlässt um 19.30 Uhr die Sitzung.

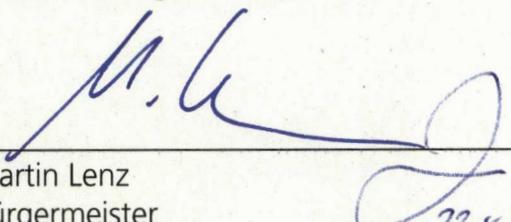
**Der Vorsitzende** stellt die Nichtöffentlichkeit her.

---

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nicht öffentlicher Teil.

Karlsruhe, den 11. März 2021

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz  
Bürgermeister

23.4.21



Carmen Edler  
Schriftführerin